

2 ●
WIRTSCHAFT Seite 60

UND ARBEIT

«ALLE SIND
GEFORDERT»
Andreas Müller zum
Jahr der Milizarbeit.
Seite 67

1 ●
SORGEN Seite 56

3 ●
VERTRAUEN Seite 64

UND IDENTITÄT

Credit Suisse Sorgenbarometer 2019

4 ●
VERHÄLTNIS ZUR EU Seite 70



JOBST WAGNER

«Die eigene Verantwortung
nicht delegieren» Seite 62

KARIN KELLER-SUTTER

«Ich vermisse manchmal
die Bereitschaft, sich
zusammenzurufen» Seite 68



WO SIND DIE LÖSUNGEN?

Bundesrätin Karin Keller-Sutter empfängt in ihrem Büro in Bern, nahe dem Bundeshaus – der passende Rahmen für die Diskussion der Sorgenbarometer-Resultate (Seite 68). Die Meinungsumfrage, die seit 1976 durchgeführt wird, liefert auch in diesem Jahr – und gerade für Politikerinnen und Politiker – bemerkenswerte Befunde.

Was besonders auffällt: Die *hiesigen Institutionen* haben über einen Viertel an Vertrauen eingebüsst. *Verhältnis Schweiz-EU*: Zwar ist sich eine grosse Mehrheit bewusst, wie wichtig die EU als Handelspartnerin ist, zugleich glauben viele, es sei möglich, Ersatz zu finden. *Die Lage der Wirtschaft*: (zu) viel Optimismus? *Reformstau*: Von AHV bis Gesundheit verlangen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Lösungen von der Politik.

Auch über diese Themen hinaus kann ich Ihnen das Credit Suisse Sorgenbarometer 2019 nur ans Herz legen, die Umfrage wirft – mehr noch als in anderen Jahren – Fragen über den Zustand der Schweiz auf, über die nachzudenken sich lohnt. Sei dies in Bundesbern, in den Unternehmen oder daheim am Familientisch.

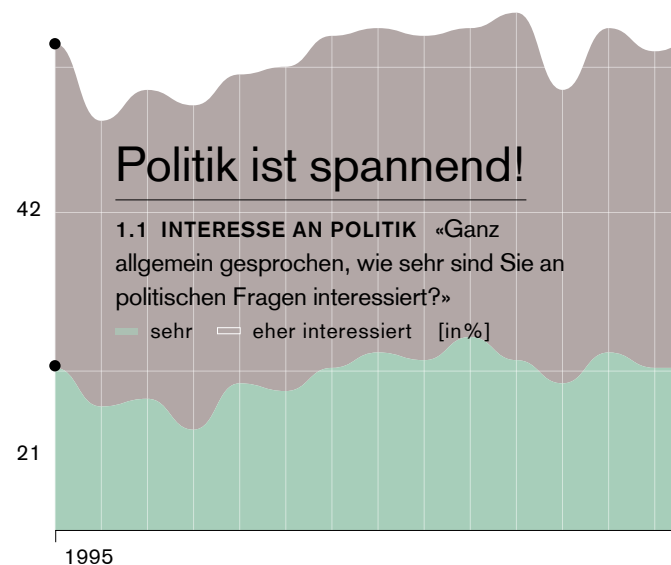
Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Dr. Manuel Rybach

Global Head of Public Affairs and Policy

Der Reform- stau

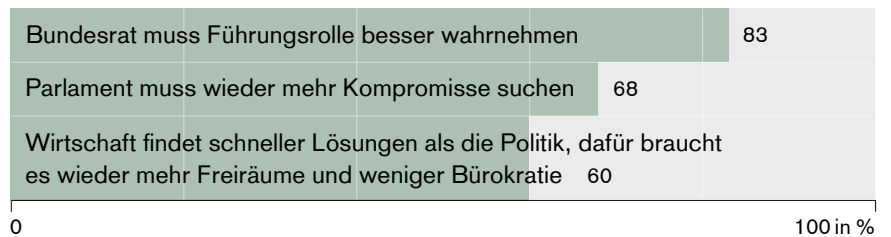
Die Prioritäten sind klar und es wächst die Ungeduld: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verlangen Antworten und Resultate.



Die Problemlöser

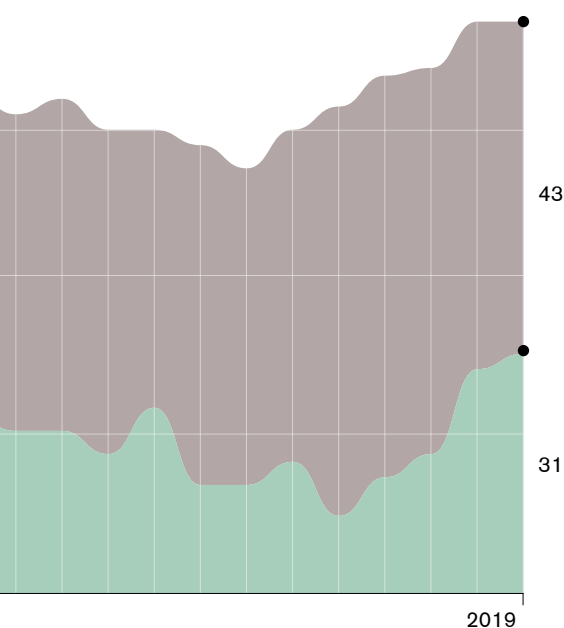
1.2 POLITISCHE PRIORITÄTEN «Es gibt unterschiedliche Vorstellungen, wie man Lösungen für politische Probleme suchen kann. Sind Sie mit den folgenden Aussagen...»

... sehr/eher einverstanden (Auswahl)



Die Welt wird komplexer, wie die zunehmenden Handelskonflikte, das fortschreitende Erstarken des Populismus oder die globalen Klimadiskussionen zeigen. Wie widerspiegelt sich diese unübersichtliche Welt in der traditionellen Sorgenbarometer-Umfrage der Credit Suisse [● 1.3, nächste Seite]? Wo machen die Befragten die grössten Probleme des Landes aus? Wie werden Politik und Wirtschaft bewertet? Darauf gibt es überraschende und spannende Antworten.

STABILE LAGE Den globalen Turbulenzen zum Trotz ist die Rangliste der Sorgen erstaunlich stabil geblieben, die Prioritäten des Elektors sind klar: 1. AHV/Altersvorsorge (47%, +2 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr), 2. Gesundheit/Krankenkassen (41%, ±0 PP), 3. Ausländerinnen und Ausländer (30%, -7 PP), 4. Umweltschutz/Klimawandel (29%, +6 PP) und 5. Arbeitslosigkeit (26%, +4 PP).



REFORMSTAU Die zwei grössten Sorgen (AHV, Gesundheit/Krankenkassen) sind konkrete, innenpolitische Themen. «Hier wurden Lösungen von der Politik erwartet», so die Studienleiterin Cloé Jans von gfs.bern, «diese Lösungen wurden in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht geliefert. In Bezug auf die Reformbaustellen ist deshalb eine gewisse Unzufriedenheit mit der Rolle von Parlament und Regierung zu bemerken» (mehr dazu in diesem und in ● Kapitel 3).

ÜBERRASCHUNGEN Die Sorge um den Umweltschutz hat um 6 PP zugenommen, doch für einen Top-3-Platz reicht es nicht, obwohl der Klimawandel in den Medien in diesem Jahr sehr präsent war und in den eidgenössischen Wahlen diesen Oktober die entsprechenden Parteien (Grüne und Grünliberale) ihre Repräsentation stark ausbauen konnten. Ein anderes, weniger medialisiertes Thema beschäftigt das Elektorat dafür überraschend stark: Die «persönliche Sicherheit» (+11 PP) hat stärker zugelegt als jede andere Sorge. Die Interpretation ist nicht ganz einfach, denn Ausländer (-7 PP) und Flüchtlinge (-11 PP), also Themen, die von rechten Parteien oft mit zunehmender Kriminalität assoziiert werden, haben an Dringlichkeit eingebüsst. Bundesrätin Karin Keller-Sutter betont im Interview (Seite 68), dass die Sicherheit der Schweiz und der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität haben. Und sie sagt: «Ohne Sicherheit gibt es keinen Wohlstand.» Zuletzt hat die langjährige Topsorge des Sorgenbarometers, die Arbeitslosigkeit, das letztjährige tiefe Resultat mit Einschränkungen bestätigt (26%, +4 PP): Anscheinend wird der Arbeitsplatz als sehr sicher angesehen (dazu später mehr – siehe ● Kapitel 2).

46%

der Befragten haben das Gefühl, die Politik versage «oft in entscheidenden Dingen».

2017 waren es 24 %.

41% finden, die Wirtschaft versage «oft in entscheidenden Dingen».

2017: 23 %.

WENIGER AKUTE SORGEN Auch entgegen der Medienlogik bewerten die Befragten eine Reihe von Themen, über die viel berichtet und diskutiert wurde, als nicht vordringlich: 16. Löhne (11%), 17. Gleichstellung (11%) und 22. Familienpolitik/ Kinderbetreuung (8%), 24. Sicherheit im Internet/Cyberspionage (7%), 25. Terrorismus (6%), 26. Globalisierung (6%), 30. Digitalisierung (6%), 40. Globale Handelskonflikte (3%).

Wie gezeigt, werden ein Reformstau und eine gewisse Unzufriedenheit mit der Politik diagnostiziert, 46% geben denn auch an, die Politik versage oft in entscheidenden Dingen. Vor zwei Jahren, 2017, lag dieser Wert noch bei 24%. Die Frustration könnte dadurch verstärkt worden sein, dass politische Fragen an sich durchaus beschäftigen: 74% sind «eher» und «sehr interessiert» an der Politik – ein Höchstwert (gemessen wird seit 1995; ● 1.1, vorherige Seite).

Auch die Antworten auf die Frage, wer die politischen Probleme lösen soll, bestätigen den Unmut. Von der Politik wird mehr Initiative erwartet, vor allem von der Exekutive [● 1.2, vorherige Seite]: 83% meinen, «der Bundesrat muss seine Führungsrolle besser wahrnehmen» und 68% finden, «das Parlament muss wieder mehr Kompromisse suchen».

Auch andere Institutionen stehen stark in der Kritik, der generelle Vertrauensverlust wird ausführlich in ● Kapitel 3 besprochen. Während 41% der Befragten finden, die Wirtschaft versage oft in entscheidenden Dingen, bescheinigen ihr doch 60% eine grosse Lösungskompetenz. Sie meinen sogar, «die Wirtschaft findet schneller Lösungen als die Politik», doch dafür «braucht es wieder mehr Freiräume und weniger Bürokratie» [● 1.2, vorherige Seite]. Ist dieses Resultat ein Frühindikator für Volksinitiativen, welche eher mehr Gesetze und Regulierungen fordern? Auf jeden Fall wird aus dem Sorgenbarometer 2019 klar: Politische Lösungen sind gefragt. ■



18. • Wirtschaftslage der Schweiz 11 (+5)

UNGELÖSTE PROBLEME
Die Rente und die Gesundheitsversorgung beschäftigen am meisten.

1. AHV/Altersvorsorge 47 (+2)

2. Gesundheit, Krankenkassen 41 (-)

6. Persönliche Sicherheit 23 (+11)

AUFKOMMENE SORGE Kein Thema hat mehr an Bedeutung gewonnen als die persönliche Sicherheit.

17. • Gleichstellung 11 (-)

11. • Soziale Sicherheit 14 (+1)

5. Arbeitslosigkeit 26 (+4)

/Jugendarbeitslosigkeit

7. Neue Armut 21 (+3)

12. • Kernenergie 14 (+4)

16. • Löhne 11 (-4)

14. • Inflation/Teuerung 12 (-1)

DIE

PROBLEMLANDSCHAFT

15. • Bundesfinanzen 12 (-3)

1.3 DAS SORGENBAROMETER «Wählen Sie jene fünf Themen, die Sie persönlich als die wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen»
[in% gerundet, Vorjahresvergleich in Prozentpunkten]

Vorteil Schweiz

Die allgemeine und die persönliche Wirtschaftslage werden positiv bewertet.

35

Bin vom technischen Wandel überfordert

43

Ständige Erreichbarkeit durch Arbeitgeber

Kommt ein wirtschaftlicher Abschwung oder steht eine Boomphase bevor? Beide Szenarien scheinen heute möglich. Entsprechend interessant ist die Frage, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger selber eher eine Baisse oder eine Hausse prognostizieren. Antwort: Die wirtschaftliche Lage wird als erstaunlich gut beurteilt, sowohl auf individueller als auch auf volkswirtschaftlicher Ebene.

Obwohl derzeit breit diskutiert wird, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert und ob sie allenfalls Arbeitsstellen überflüssig machen könnte, ist die Einstellung der Befragten gegenüber den neuen technischen Errungenschaften pragmatisch bis positiv [● 2.1]. Über 60% sind «sehr einverstanden» oder «einverstanden» mit diesen Aussagen:

10%

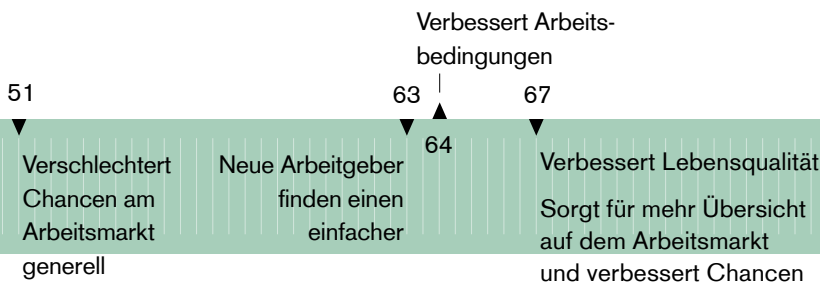
bezeichnen es als wahrscheinlich, dass ihre Arbeitsstelle «wegdigitalisiert» wird.

Die neuen Technologien «verbessern die Lebensqualität», helfen, den «Arbeitsmarkt besser zu überblicken», sie «verbessern die Arbeitsbedingungen» und «Arbeitgeber finden einfacher Arbeitnehmer». Den kritischen Aussagen – die neuen Technologien «verschlechtern Chancen am Arbeitsmarkt generell» und man leide unter der «ständigen Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber» – stimmen zwischen 40% und etwas über 50% zu. «Vom technischen Wandel überfordert» fühlen sich 35%. Das ist immer noch einer von drei Befragten, aber zur tendenziellen Technologiefreundlichkeit passt, dass es bloss 10% als wahrscheinlich anschauen, dass ihre Arbeitsstelle in den nächsten fünf Jahren automatisiert wird. Im Vorjahr waren noch 22% dieser Meinung (allerdings mit einem 20-jährigen Zeithorizont). Generell beschäftigt die Arbeitslosigkeit zurzeit weniger als in früheren Jahren, wie die Sorgenrangliste zeigt [● Kapitel 1].

Entsprechend werden sowohl die aktuelle als auch die zukünftige individuelle Lage positiv beurteilt: 92% meinen, es gehe ihnen

heute «recht», «gut» oder «sehr gut» – seit 1995 ist diese Antwort konstant hoch [● 2.3]. Für die kommenden 12 Monate denken 75%, sie könnten den Status quo halten, 12% prognostizieren eine Verbesserung, 10% eine Verschlechterung. Der Unternehmer und Mäzen Jobst Wagner teilt die aktuelle Einschätzung der Befragten, für die Zukunft der Firmen in der Schweiz sieht er aber eine Reihe von Herausforderungen. Er sagt: «Die Zitrone ist ausgepresst», und fordert stützende Massnahmen [● Interview nächste Seite].

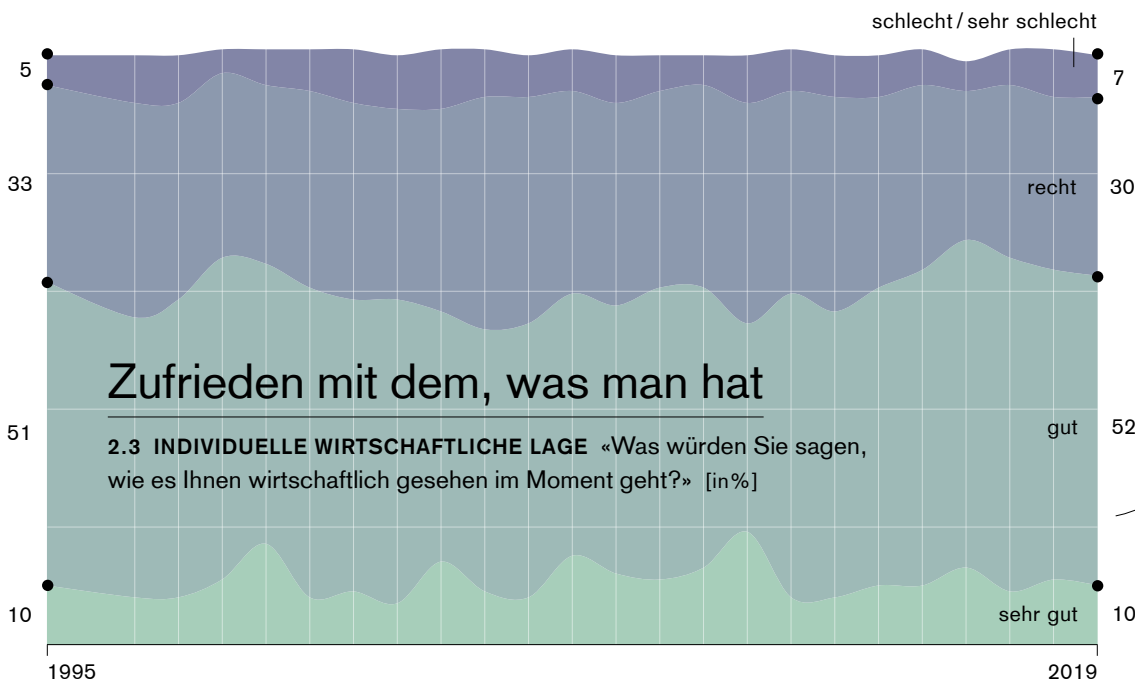
Zuletzt vergleichen die Befragten die einheimische Wirtschaft mit der ausländischen. Der Befund ist klar: Uns in der Schweiz geht es viel besser. Und diese Tendenz hat sich in den letzten 15 Jahren akzentuiert. 64% finden, die Schweizer Wirtschaft stehe besser, 31% meinen sogar, sie stehe viel besser da. 2004 waren es noch 72% respektive 8% [● 2.2]. ■



Technologie erleichtert die Arbeit

2.1 DIGITALISIERUNG «Welche Auswirkung hat Technologie auf Ihr Alltagsleben und auf die Zukunft Ihrer Arbeit?»

sehr/eher einverstanden [in%, Auswahl]



Für das kommende Jahr prognostizieren 75%, sie könnten den Status quo halten, 12% erwarten eine Verbesserung, 10% eine Verschlechterung der eigenen Lage.

«Die eigene Verantwortung nicht delegieren»

Unternehmer und Mäzen Jobst Wagner sorgt sich um die Schweizer Wirtschaft und um die Zivilgesellschaft. Deshalb prämiert er smarte Ideen für die Schweiz.

Interview Simon Brunner

Herr Wagner, Ihre Firma hat rund 20 000 Angestellte. Die Arbeitslosigkeit war über viele Jahre die Topsorge des Credit Suisse Sorgenbarometers, seit letztem Jahr ist sie noch auf Rang 5. Wie erklären Sie das? Studien zeigen, dass der Arbeitsplatzverlust grösseren emotionalen Stress verursacht als beispielsweise eine schwere Erkrankung eines Familienmitglieds oder eine Schwangerschaft – es ist verständlich, dass sich die Befragten vor diesem traumatischen Ereignis fürchten. Dass diese Sorge etwas abgenommen hat, dürfte der aktuell sehr tiefen Arbeitslosigkeit geschuldet sein. Ich muss gestehen, bei diesem Thema habe ich zwei Herzen in meiner Brust.

Wie das?

Ich freue mich für die Beschäftigten über die Arbeitsplatzsicherheit, aber für Firmen ist der Fachkräftemangel ein grosses Thema. Wir suchen Techniker, Ingenieure, wir bilden sie selber aus – aber es reicht schlicht nicht. Bei wichtigen Projekten

zum Beispiel in der Digitalisierung fehlt uns zum Teil Personal zur Umsetzung.

Die Befragten sind sehr zufrieden in wirtschaftlichen Belangen. Wie ist das möglich in Zeiten von Frankenstärke, zunehmenden Handelshemmnissen und dem erwähnten Fachkräftemangel? Das ist den vielen Firmen zu verdanken, die sich in den letzten Jahren wirklich zur Decke streckten und ihre Wettbewerbsfähigkeit, ihre Effizienz und Innovationsfähigkeit nochmals gesteigert haben. Aber Achtung: Die Zitrone ist ausgepresst!

Inwiefern?

In der heutigen Situation bräuchte es dringend stützende Massnahmen wie die Senkung von Gebühren oder die Aufhebung von unnötigen und teuren Auflagen. Doch das Gegenteil geschieht: Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich weiter, so ist der vermeintlich deregulierte Arbeitsmarkt immer weniger Realität. Und es droht weiteres Ungemach. Der Ruf der

Schweiz beruht auf Berechenbarkeit, aber die Verhandlungen mit Europa stocken, die 2015 abgelehnte Erbschaftssteuer-Initiative wollte das Verbot der Rückwirkung aushebeln, neue Steuerregime der OECD könnten dazu führen, dass Firmen nicht mehr nur am Ort der Wertschöpfung besteuert werden. Die Unsicherheit steigt.

Ist das nicht etwas alarmistisch?

Die Ansiedlung von ausländischen Firmen und Direktinvestitionen nehmen ab, nicht zu. Das sollte uns zu denken geben. Wir sind Automobilzulieferer, da gehen die Stückzahlen zurück. Auch anderen geht es nicht so gut, etwa der Chemiebranche oder der Maschinenindustrie, und die Finanzbranche spürt den Druck. Es gibt Ausnahmen, wie die Bau- und Immobilienbranche, die öffentliche Verwaltung oder IT und Pharma. Aber in den übrigen Bereichen ist die Stimmung angespannt.

Der ökonomischen Zuversicht zum Trotz finden 41% der Befragten, die Wirtschaft versage oft in entscheidenden Dingen. 2017 waren es erst 23%. Warum?

Da müssen wir selbstkritisch sein. Wir Wirtschaftsführer stehen zu selten hin und bekennen Farbe, gerade wenn wir Fehler

begehen. Gleichzeitig leben wir in Zeiten der Unsicherheiten. Zudem fehlt es vielerorts an politischer Stabilität und der Populismus nimmt überhand. Viele Menschen haben das unguete Gefühl, ihnen entgleite die Kontrolle, sie würden zum Spielball der Mächtigen – wer auch immer das ist.

Letzteres widerspiegelt sich auch im Zeugnis für die Politik: 46% finden, diese versage oft in entscheidenden Dingen. Die traditionellen Parteien benennen die Dinge nicht beim Namen und öffnen populistischen Strömungen Tür und Tor. Mir fehlt es an Leadership. Der Bundesrat verhandelt beispielsweise vier Jahre mit der EU zum institutionellen Rahmenabkommen und hat dann doch keine Meinung zum Vertragsentwurf. Er erklärt zu wenig und zeigt zu wenig Optionen auf. Ähnlich bei der Vorsorge, auch dort spricht man nicht Klartext. Wenn wir länger leben, dann müssen wir länger arbeiten. So verspielt die Politik ihre Glaubwürdigkeit. Doch eigentlich stört mich Ihre Frage.

Warum?

Ich finde es schlecht, wenn man Wirtschaft und Politik trennt. Auf die anderen zeigen,

das nützt rein gar nichts, wir sitzen alle im gleichen Boot. Es liegt an uns allen, unsere gesellschaftliche Verpflichtung zu erfüllen.

Ein Appell an die Zivilgesellschaft?

Ja, die eigene Verantwortung lässt sich nicht delegieren. Jeder soll sich fragen: «Stimme ich ab?», «Bin ich in einem Verein?», «Helfe ich Benachteiligten?». Mein Beitrag ist die Stiftung StrategieDialog21, wo wir in den letzten sechs Jahren ein breites Netzwerk entwickelt haben, das sich gesellschafts- und parteiübergreifend für eine offene, innovative, mutige und freiheitliche Schweiz einsetzt. Wir fördern den konstruktiven Dialog, welcher für die direkte Demokratie essenziell ist.

Wie geschieht dies konkret?

In der «Challenge21» treffen Jungunternehmer und gestandene Führungskräfte aufeinander, um aktuelle Herausforderungen zu diskutieren. Dieses Jahr ging es um «Artificial Intelligence». Im nationalen Ideenwettbewerb «Wunsch-Schloss» suchen wir Projekte für eine innovative Schweiz: Jede Bürgerin und jeder Bürger hat die einmalige Chance, die Schweiz zu gestalten; der Gewinn ist ein Treffen mit allen Generalsekretären der grossen Schweizer Parteien, und am Finalabend sind mehrere National- und Ständeräte dabei. Gleichzeitig fördern wir Studien- und Buchprojekte. Bei «5vor12» geht es um Bürokratie, auch da suchen wir zusammen mit dem Swiss Venture Club konkrete Lösungsvorschläge.

«5vor12» prämiert «gute Vorschriften».

Was ist das?

Eine solche gängelt den Bürger nicht, sondern animiert ihn, etwas zu tun, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen – heute nennt man das *nudging*. Sie hat keine übertriebenen Kostenfolgen, und zuerst wurde geprüft, ob es sie überhaupt braucht. Klar: Noch besser wäre es, gewisse Vorschriften ganz abzuschaffen, aber für grössere Deregulierungen fehlt in der Schweiz leider der politische Wille. ■



Jobst Wagner (60) ist Verwaltungsratspräsident der Rehau AG, eines global tätigen Polymerverarbeiters in Familienbesitz. Der Jurist unterstützt kulturelle Einrichtungen in der Schweiz, ist Stiftungsrat von Avenir Suisse und bündelt seine zivilgesellschaftlichen Engagements in der Stiftung StrategieDialog21. strategiedialog21.ch



AM MEISTEN Sechs Institutionen haben über 20 Prozentpunkte Vertrauen eingebüsst, am meisten die Kirchen.

WORAN WIR (NICHT) GLAUBEN

3.1 VERTRAUEN «Sagen Sie mir anhand dieser Skala (1–7), wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist.» [in % gerundet, Anteil Vertrauen (5–7), Vorjahresvergleich in Prozentpunkten]

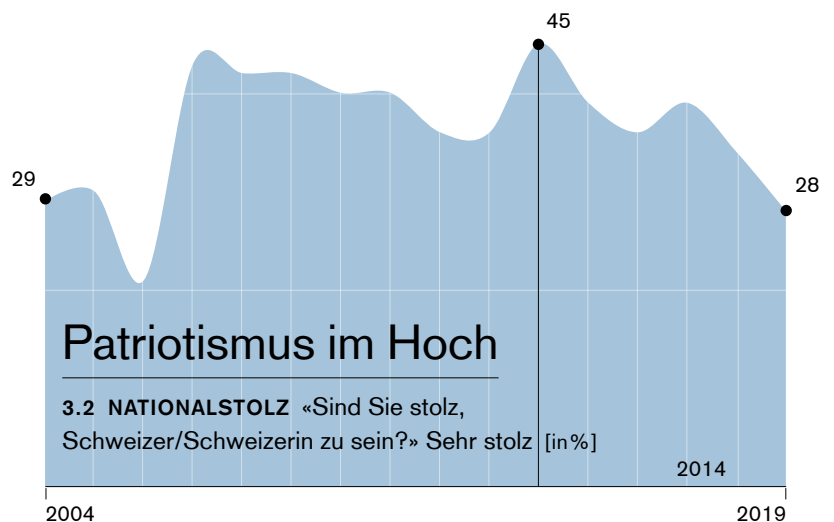
Der Vertrauensschwund

Das Vertrauen in die Schweizer Institutionen geht markant zurück – mit einer Ausnahme: Die Polizei setzt sich an die erste Stelle.

Im Kapitel 1 und 2 akzentuiert sich eine skeptische Haltung gegenüber der Politik und in abgeschwächter Form gegenüber der Wirtschaft. Diese kritische Haltung zeigt sich noch stärker in der Vertrauensrangliste [● 3.1]. Fragt man die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wie gross ihr persönliches Vertrauen in die Institutionen des Landes ist, geben sie eine eindeutige Antwort: «viel kleiner als letztes Jahr». Die 20 untersuchten Institutionen haben insgesamt in einem Jahr mehr als einen Viertel an Volksvertrauen verloren.

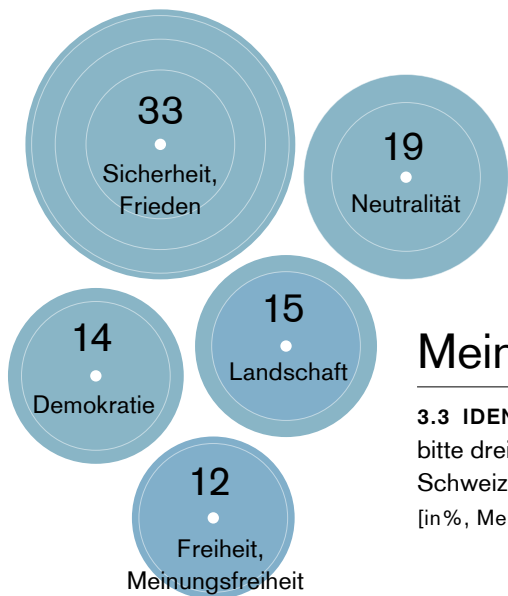
Sechs Institutionen haben im Hinblick auf das ihnen entgegengebrachte Vertrauen gar 20 Prozentpunkte oder mehr eingebüsst: EU (–20 PP), Arbeitnehmerverbände (–20 PP), politische Parteien (–22 PP), Arbeitgeberverbände (–23 PP), bezahlte Zeitungen (–23 PP) und die Kirchen (sogar –25 PP). Die Interpretation fällt schwer, da diese sechs Institutionen aus verschiedensten Bereichen stammen. Neben spezifischen Gründen, die das schlechte Abschneiden jeder einzelnen Institution erklären können, könnte die übergeordnete Erklärung im generellen Misstrauen gegenüber den Entscheidungsträgerinnen und -trägern liegen.

Auf der anderen Seite des Spektrums steht einsam die Polizei – sie hat als einzige Institution etwas Vertrauen dazugewonnen (+2 PP) und genießt erstmals seit 2012 am



meisten Zuspruch. Möglicherweise besteht hier ein Zusammenhang mit der «persönlichen Sicherheit», die in der Rangliste der Sorgen am meisten angestiegen ist (+11 PP, ● Kapitel 1). Das Bundesgericht, das in den letzten 20 Jahren am häufigsten die Rangliste anführte, liegt neu auf Rang 2 (–4 PP).

Das nationale Selbstbild des Landes basiert stark auf seinen Institutionen – und diese stehen in der Kritik. So überrascht nicht, dass 77% die Schweizer Identität gefährdet sehen durch die «sinkende Fähigkeit der Politik, für tragfähige Lösungen zu sorgen» [● 3.4], 62% beurteilen die Probleme mit der



Meine Schweiz

3.3 IDENTITÄT «Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht.» [in%, Mehrfachnennungen möglich]

EU als identitätsgefährdend – die EU gehört auch zu den Institutionen, die 20 PP oder mehr Vertrauen eingebüsst haben, und grundsätzlich ist die Beziehung angespannt [● Kapitel 4]. In diesem Kontext wenig überraschend ist auch die Tatsache, dass 61% der Befragten einen Reformstau diagnostizieren.

Interessant ist beim Thema Identitätsgefährdung, dass die «Einwanderung» – zwischen 2004 und 2016 praktisch immer an erster Stelle liegend – weiter an Dringlichkeit verloren hat. Das deckt sich mit den Resultaten aus der Sorgenrangliste, in welcher Ausländerin-

nen/Ausländer und Flüchtlinge seit 2015 immer weiter in den Hintergrund rückten.

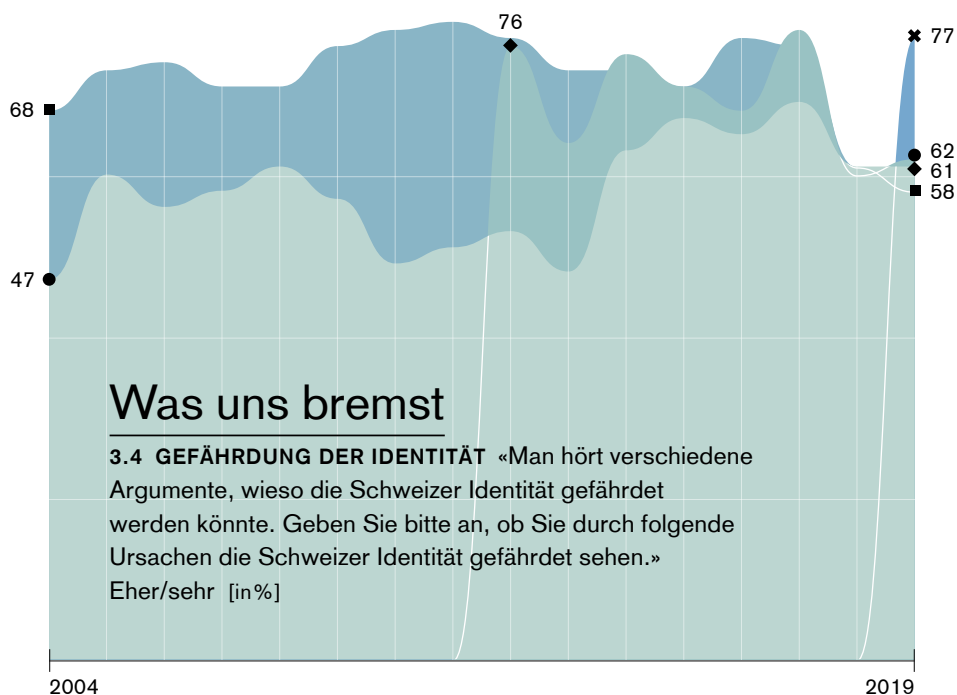
Die Skepsis gegenüber den Institutionen zeigt sich in umgekehrter Form, wenn man von den Befragten wissen möchte, auf welche Elemente der Schweizer Politik sie stolz sind. 93% antworten: auf die Volksrechte, also auf Initiative und Referendum. Forschungsleiterin Cloé Jans von gfs.bern sagt: «Die direkte Demokratie ist ein tief verankertes Element der Identität von Schweizerinnen und Schweizern. Die politische Mitbestimmung ist quasi Teil unserer DNA. Es macht Sinn, dass sich der starke Bezug zu diesen Institutionen in Zeiten, in denen man mit der Politik wenig zufrieden ist, noch mehr zeigt.»

Damit bleibt die Frage: Für was steht denn eigentlich die Schweiz [● 3.3]? Wenn die Institutionen so kritisch beurteilt werden – was macht uns aus? Mit Abstand am häufigsten wird das Stichwort Sicherheit/Frieden (33%) erwähnt – das passt zur erwähnten Bedeutung der Polizei und der persönlichen Sicherheit. Dahinter folgen die Neutralität (19%) und die Landschaft (15%), danach erscheinen bereits wieder die Merkmale der Volkspartizipation, also Demokratie (14%) und Freiheit/Meinungsfreiheit (12%).

Zuletzt eine schöne Nachricht: Der «Stolz auf die Schweiz» befindet sich – trotz den geschilderten Verwerfungen – auf einem konstant hohen Niveau. 51% sind «eher» und 28% «sehr stolz» auf ihr Land [● 3.2, vorherige Seite]. ■

93%

sind stolz auf die Volksrechte – das beliebteste Element der schweizerischen Politik.

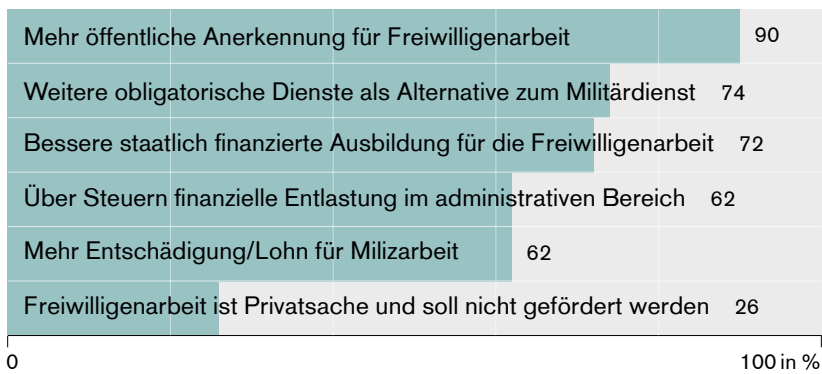


Was uns bremst

3.4 GEFÄHRDUNG DER IDENTITÄT «Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Geben Sie bitte an, ob Sie durch folgende Ursachen die Schweizer Identität gefährdet sehen.» Eher/sehr [in%]

- ✘ Sinkende Fähigkeit der Politik für tragfähige Lösungen
- EU-Probleme
- ◆ Reformstau
- Einwanderung

Sehr/eher einverstanden [in%]



Wer meldet sich?

ENGAGEMENT STÄRKEN «Wir haben das Jahr der Milizarbeit. Sind Sie mit den folgenden Ideen und Vorschlägen einverstanden?»

«Alle sind gefordert»

Andreas Müller vom Schweizerischen Gemeindeverband über das Jahr der Milizarbeit und darüber, wie sich gesellschaftliches Engagement fördern lässt.

Interview Simon Brunner



Andreas Müller (54) ist Leiter des Jahrs der Milizarbeit beim Schweizerischen Gemeindeverband und selbstständiger Politikberater. Er ist Herausgeber und Mitautor des Buches «Bürgerstaat und Staatsbürger. Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne» (NZZ Libro).

Im Sorgenbarometer wird mehr öffentliche Anerkennung für die Freiwilligenarbeit gefordert – wie erreicht man das? Ein wichtiges Ziel des Jahrs der Milizarbeit war es, die Wertschätzung für die über 100 000 Miliztätigen in der Schweiz zu erhöhen. Dazu gab es Veranstaltungen, Publikationen, Ideenwettbewerbe, Preise, und auch die diesjährige Bundesfeier auf dem Rütli stand im Zeichen der Anerkennung für die Milizarbeit – mehr als 2000 Miliztätige nahmen teil. In den nächsten Jahren müssen weitere Aktivitäten folgen.

Die Befragten können sich weitere obligatorische Milizdienste vorstellen, analog zum Militär- oder Zivildienst. Was wäre hier denkbar? Für 2020 ist eine Volksinitiative geplant, die einen allgemeinen Bürgerdienst einführen will. Das wäre ein Dienst, bei dem Frauen und Männer zwischen Militär und weiteren «Diensten» wählen könnten, wobei – so die Idee – auch Miliztätigkeiten wie bei der Feuerwehr oder in politischen Ämtern angerechnet werden könnten.

Eine breite Palette von Massnahmen zur Förderung der Milizarbeit wird befürwortet – welche erachten Sie als sinnvoll? Es hängt immer davon ab, für wen sie gedacht sind. Es geht bei der Aufnahme einer Miliztätigkeit um das «Wollen», das «Können» und das «Dürfen». Es gibt Menschen, die sich engagieren wollen, aber wegen der Rahmenbedingungen, beispielsweise ihrer beruflichen Tätigkeit, nicht können; andere, die eigentlich könnten, aber wegen fehlender Motivation oder aus Angst vor öffentlicher Kritik nicht wollen – und schliesslich solche, die nicht dürfen, weil sie nicht in der betreffenden Gemeinde wohnhaft sind oder die hiesige Staatsbürgerschaft nicht besitzen, die es für gewisse Engagements braucht. Je nachdem sind andere Massnahmen angebracht. Ein Mix von verschiedenen Massnahmen wird der Situation am besten gerecht.

Immerhin jeder Vierte der Befragten meint, Freiwilligenarbeit sei Privatsache und solle nicht gefördert werden. Wie interpretieren Sie das? Das könnte damit zusammenhängen, dass es eine Diskrepanz zwischen der grundlegenden Zustimmung und der mangelnden Beteiligungsbereitschaft auf individueller Ebene gibt. Alle sind dafür, aber sind trotzdem froh, wenn es der Nachbar macht. Das politische Milizsystem funktioniert aber nur, wenn die Ämter auch besetzt sind. Darum sind alle gefordert, nach Wegen zu suchen, damit das Milizsystem auch 2030 oder 2040 noch existiert. ■



«Ich vermisse manchmal die Bereitschaft, sich zusammenzuraufen»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über Sorgen
der Stimmberechtigten, die Chance für die bilateralen
Verträge und politische Vorteile von Langsamkeit.

Interview Manuel Rybach

Dieses Interview wurde am
23. September 2019 geführt, Redaktions-
schluss war der 21. Oktober 2019.

Frau Bundesrätin, das Elektorat sorgt sich am meisten um die AHV/Altersvorsorge, gefolgt von Gesundheit/Krankenkassen und dem Thema Ausländerinnen und Ausländer. Wie interpretieren Sie diese Problemwahrnehmung?

Sie scheint mir realistisch und lebensnah. AHV und Krankenkassenprämien betreffen die Menschen und ihren Alltag sehr direkt. Die Babyboomer gehen bald in Rente, deshalb sind die 1., 2. und allenfalls auch die freiwillige 3. Säule ein grosses Thema. Und besonders für Familien werden die Krankenkassenprämien zunehmend zur Belastung. Beim Ausländerthema umgekehrt dürfen wir erstens feststellen, dass die Asylgesuche und Zuwanderung in den letzten Jahren auf Tiefstwerte gesunken sind und dass die Schweiz zweitens ein neues Asylsystem hat, das in Europa mit grossem Respekt gesehen wird. Die Reihenfolge des Sorgenrankings erstaunt mich deshalb nicht besonders.

Die Sorge rund um Umweltschutz/Klimawandel ist zwar um 6 Prozentpunkte gestiegen, aber liegt «nur» auf Rang 4 im Sorgenranking. Überrascht?

Ja und nein. Angesichts des Resultats bei den eidgenössischen Wahlen überrascht es mich. Andererseits betreffen AHV und Krankenkassenprämien den Alltag der Menschen direkt. Das Klima beschäftigt sie, aber sie sehen, dass die Schweiz das nicht allein lösen kann. Und sie sehen auch, dass Bundesrat und Parlament schon viel tun, etwa mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes oder der Energiestrategie 2050.

Karin Keller-Sutter (55) ist seit 2019 Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Vor ihrer Wahl in den Bundesrat vertrat sie den Kanton St. Gallen im Ständerat, den sie 2017/2018 präsidierte. Zudem war sie als Verwaltungsrätin in der Privatwirtschaft tätig. Von 2000 bis 2012 war sie Sicherheitsdirektorin im Kanton St. Gallen und präsidierte zwei Mal die St. Galler Regierung. Von November 2010 bis März 2012 war sie Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD).

Am meisten zugenommen hat die Sorge um die persönliche Sicherheit. Gleichzeitig ist die Polizei aber die einzige Institution, die an Vertrauen gewonnen hat. Wie erklären Sie dieses Phänomen? Andere, langfristige Studien wie etwa die der ETH und die Kriminalstatistik zeigen: Die Schweiz ist ein sicheres Land. In den letzten zehn Jahren, also seit wir bei Schengen dabei sind, hat die Zahl der von der Polizei registrierten Straftaten um 20 Prozent abgenommen. Das Vertrauen in die Polizei und in die Regierung hat in dieser Zeit gemäss ETH zugenommen und ist so hoch wie in kaum einem anderen Land. Das heisst nicht, dass wir uns zurücklehnen können. Für mich jedenfalls haben die Sicherheit der Schweiz und der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität. Ohne Sicherheit keine Freiheit. Und ohne Sicherheit gibt es auch keinen Wohlstand.

Gibt es Handlungsbedarf?

Es stellen sich immer wieder neue Sicherheitsfragen, nicht nur in der Schweiz. Seit einiger Zeit ist es in erster Linie der anhaltende Dschihadismus, aber auch der zunehmend gewalttätige Rechtsextremismus. Die Fragen, die sich dabei stellen, betreffen Prävention, Überwachung und Bestrafung. In allen Bereichen sind Bund und Kantone daran, unser System zu verbessern, wo es geboten ist.

Die Beziehung der Schweiz zur EU beschäftigt die Befragten stark – stehen wir da vor entscheidenden Monaten?

Ja, voraussichtlich im Mai 2020 stimmen wir über die Begrenzungsinitiative (BGI) der SVP ab. Die Initiative verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen auf dem Verhandlungsweg in- nert Jahresfrist ausser Kraft zu setzen oder es einseitig zu kündigen, falls das nicht gelingt. Damit nimmt die BGI auch den Wegfall der Bilateralen I in Kauf und stellt so den bilateralen Weg der Schweiz insgesamt infrage. Bundesrat und Parlament warnen vor einem solchen Schritt. Denn der bilaterale Weg ist seit bald zwanzig Jahren eine wichtige Grundlage für den Zugang der Schweiz zum europäischen Markt und damit für Wohlstand, Arbeitsplätze – und letztlich also auch für das Sicherheitsgefühl.

Könnte bei dieser Abstimmung zum Problem werden, dass das Vertrauen in

die politischen Akteure gemäss Sorgenbarometer stark abgenommen hat? Das denke ich nicht. Die Ausgabe 2019 der Studie «Sicherheit» der ETH, die ich schon erwähnt habe, zeigt ja gerade, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat und in die Behörden gegenüber dem letzten Jahr nochmals gestiegen ist. Ein weiterer guter Indikator für das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung sind die Abstimmungsergebnisse. Mit wenigen Ausnahmen ist das Ergebnis behördentreu. In den meisten Fällen gelingt es also nach wie vor, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen.

Trotzdem scheint ein Unbehagen zu wachsen: Immerhin 46 % haben das Gefühl, die Politik versage, und über 60 % machen einen Reformstau aus, der die Schweizer Identität gefährden könnte. Tatsächlich vermisse ich im politischen Alltag manchmal die Bereitschaft, sich zusammenzurufen. Wir sollten wieder vermehrt über den eigenen Schatten springen und gemeinsam Lösungen suchen und finden – auch wenn diese dann nicht zu hundert Prozent den eigenen Vorstellungen entsprechen. Aber: Dazu braucht man zuerst eigene Überzeugungen. Nur wer selbst einen inneren Kompass hat, kann auch Kompromisse eingehen und dazu beitragen, mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Gefragt nach den «Lösungen für politische Probleme» sehen die Befragten den Bundesrat am meisten in der Pflicht. Gleichzeitig soll das Parlament Kompromissfähigkeit zeigen und die Wirtschaft, der eine klare Mehrheit eine gute Problemlösungsfähigkeit bescheinigt, soll Freiräume erhalten und nicht durch mehr Bürokratie eingeschränkt werden. Ist das die Erfolgsformel der Schweiz zur Überwindung des Reformstaus?

Ja, das fasst meine Analyse recht gut zusammen. Ein gutes Beispiel dafür war die Volksabstimmung zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung – kurz STAF – letzten Frühling. Hier wurde pragmatisch eine mehrheitsfähige Lösung erarbeitet. Das muss uns jetzt auch bei der Begrenzungsinitiative gelingen. Der Bundesrat nimmt hier seine Führungsrolle wahr und sagt klar: Wir wollen die Personenfreizügigkeit

und damit den bilateralen Weg weiterführen, aber wir wollen nur so viel Zuwanderung wie nötig. Wir fördern deshalb das inländische Arbeitskräftepotenzial und federn soziale Härtefälle mit gezielten Leistungen ab. Das ist pragmatisch und wird hoffentlich dazu beitragen, eine Mehrheit gegen die Initiative zu erreichen.

Beim institutionellen Rahmenabkommen ist eine Mehrheit nicht zu Kompromissen bereit. Muss man trotzdem solche eingehen, würden die Befragten am ehesten im Bereich «Lohnschutz» nachgeben. Sie betonen schon länger die Bedeutung der sozialen Abfederung rund um das Rahmenabkommen. Fühlen Sie sich bestätigt?

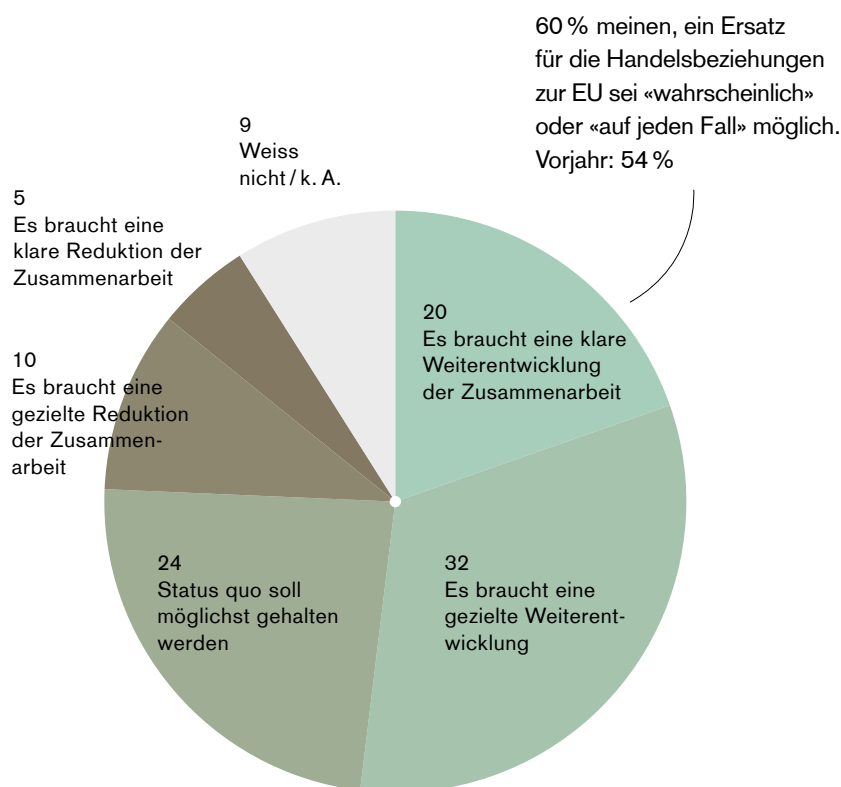
Der Bundesrat ist überzeugt, dass wir das Verhältnis zur EU stabilisieren müssen. Sonst erodieren die bilateralen Beziehungen, werden immer schwieriger und weniger berechenbar. Aber es gibt beim Institutionellen Abkommen noch offene Fragen, die wir klären müssen – bei den staatlichen Beihilfen, der Unionsbürgerrichtlinie und beim Lohnschutz, der derzeit von den Sozialpartnern diskutiert wird. Ein überzeugender Lohnschutz und eine klare Position bei der Unionsbürgerrichtlinie dürften meines Erachtens für die allfällige Mehrheitsfähigkeit des Abkommens entscheidend sein.

Zum Schluss ein Blick nach vorn: Auf die eigene Lage in den nächsten zwölf Monaten angesprochen antworten 12 %, es werde ihnen besser gehen als heute, 75 % gleich, 10 % schlechter. Teilen Sie diesen – verhaltenen – Optimismus?

Ja, das tue ich. Ich bin der Meinung, dass es der Schweiz auch künftig sehr gut gehen wird, weil wir es immer wieder schaffen, uns den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Gelingt es uns, die traditionellen Werte und auch Stärken der Schweiz wie den Föderalismus, die direkte Demokratie, den Pragmatismus sowie die kurzen Wege zu bewahren und gleichzeitig offen zu sein für Innovationen und Anpassungen, dann ist unser Land sehr gut aufgestellt. Das Zitat des Ostschweizer Historikers Georg Thüner bringt es auf den Punkt: «Zeitgenossen sein, Eidgenossen bleiben.» Dies bedingt allerdings auch, dass wir dort, wo wir noch selbst handeln können, unsere Hausaufgaben machen. ■

Es bleibt kompliziert

Die Beziehung zur Europäischen Union ist ambivalent. Konzessionen beim Rahmenabkommen sind am ehesten beim Lohnschutz möglich.



Die gemeinsame Zukunft

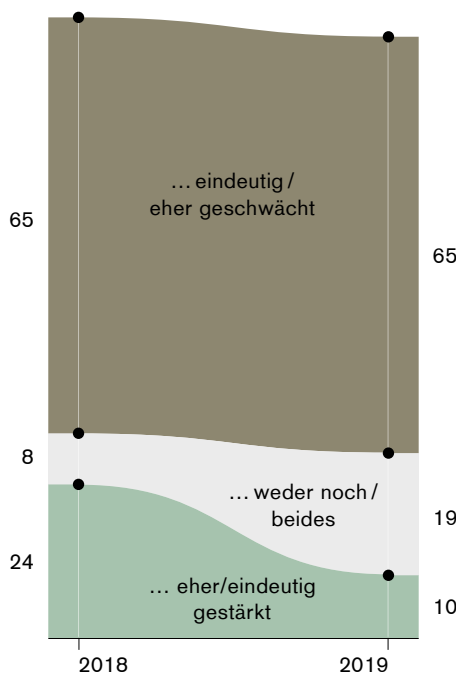
4.3 WEITERENTWICKLUNG BEZIEHUNG SCHWEIZ–EU

«Wie soll sich allgemein das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickeln?» [in %]

Wie geht es der EU?

4.1 LEISTUNGS AUSWEIS

«Wurde die EU in den letzten 12 Monaten Ihrer Ansicht nach...» [in %]



Verlässt man die Schweiz mit dem Auto, Fahrrad, Zug oder Boot, landet man unweigerlich in einem Land der Europäischen Union (EU) – oder in Liechtenstein – eine andere Aussengrenze gibt es nicht. Die drei grössten Schweizer Landessprachen werden alle auch in der EU gesprochen. Die Schweiz importiert 62% ihrer Waren aus der EU und exportiert 44% in diesen Raum. Auch wenn andere Regionen, allen voran Asien, immer wichtiger werden, lässt sich wertfrei festhalten: Es gibt keine anderen Partner, die auch nur annähernd so bedeutend sind für die Schweiz wie die Mitgliedsstaaten der EU.

Und wohl genau deshalb wird das Verhältnis zur EU seit Jahrzehnten intensiv diskutiert. Im diesjährigen Sorgenbarometer der Credit Suisse zeigt sich eine grosse Ambivalenz der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegenüber der EU: Einerseits ist einer überwiegenden Mehrheit (76%, -7 Prozentpunkte) bewusst, dass die Beziehungen zur EU «wichtig» oder «sehr wichtig» sind. Andererseits finden nur 10%, die EU gehe aus dem vergangenen Jahr gestärkt hervor [● 4.1]. Und 60% (+6 PP) finden gar, ein Ersatz für die Handelsbeziehungen zur EU sei «wahrscheinlich» oder «auf jeden Fall» möglich, beispielsweise fände sich dieser in China oder den Vereinigten Staaten.

Die Umfrage geht weiter ins Detail und fragt die Stimmbürgerinnen und Stimmbür-

ger, wie genau die Beziehung zur EU ihrer Meinung nach weiterzuentwickeln sei [● 4.3]: 15% möchten die Zusammenarbeit klar oder gezielt reduzieren, 24% den Status quo möglichst halten und 52% sind der Meinung, es brauche eine klare oder gezielte Weiterentwicklung. Von dieser letzten Gruppe, welche die Beziehungen weiterentwickeln will, ist eine Mehrheit von 63% der Meinung, man müsse die bilateralen Verträge «fortsetzen und über das institutionelle Rahmenabkommen ausbauen».

Bezüglich des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU, eines sehr umstrittenen Themas im Jahr 2019, lautet die entscheidende Frage, wo die Schweiz allenfalls zu Konzessionen bereit wäre [● 4.2]. Am ehesten sind die Befragten zu Zugeständnissen beim Lohnschutz bereit, wo die Zustimmung bei 31% liegt und 19% unentschlossen sind. (Hintergrund: Das Rahmenabkommen soll ein gemeinsames Dach für die Beziehungen der Schweiz zur EU schaffen. Die Verhandlungen dazu begannen im Mai 2014, seit November 2018 liegt ein Vertragsentwurf vor, der derzeit diskutiert wird.)

In diesen Tagen nimmt das neu gewählte Bundesparlament seine Arbeit auf. Es gibt viel zu tun. Schon jetzt darf man gespannt sein, wie die Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer im Sorgenbarometer 2020 aussehen wird. ■

Konzessionsbereitschaft

4.2 INSTITUTIONELLES RAHMENABKOMMEN

«Soll die Schweiz für einen Kompromiss zur Sicherung des bilateralen Weges im Rahmen eines institutionellen Rahmenabkommens in den folgenden Bereichen Konzessionen machen?»

— ja — weiss nicht / k. A. — nein [in %]



Anpassung des Sozialversicherungsrechts an die EU-Regelung (Unionsbürgerrichtlinie)



Anpassung der Lohnschutzmassnahmen



Dynamische, d. h. automatische Rechtsübernahme und Unterstellung unter Schiedsgericht

76%

stufen die Beziehungen zur EU als «wichtig» oder «sehr wichtig» ein.

2018 waren es 83%.